

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Änderungsantrag

DS0464/05/10 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0464/05	22.11.2005

Absender	
FDP-Ratsfraktion	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	15.12.2005
Finanz- und Grundstücksausschuss	25.11.2005

Kurztitel
Haushaltsplan 2006 - Haushaltssatzung 2006 - Finanzplan bis 2009 - Stellenplan 2006

Eine wesentliche Verantwortung der Politik besteht darin, Konsequenzen von Entscheidungen auch mittel- und langfristig abzuwägen, um nachfolgenden Generationen ein zukunftsfähiges Erbe zu hinterlassen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das Haushaltskonsolidierungsprogramm der Landeshauptstadt Magdeburg zu sehen und zu bewerten. Aus Sicht der FDP-Ratsfraktion wird es äußerst kompliziert werden, das ehrgeizige Ziel zu erreichen, das strukturelle Defizit i. H. von ca. 29,1 Mio € bis 2009 abzubauen, um dann bis 2013 einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Dabei dürfen sich die zugrunde gelegten Rahmenbedingungen nicht negativ verändern.

Zwar sieht das Investitionsprogramm für 2006 einen Anstieg um ca. 6 Mio € im Vergleich zu 2005 vor, jedoch ist es 2007 nur noch mit ca. 70 % im Vergleich zu 2006 prognostiziert, 2008 werden es nur noch ca. 57 % sein.

Gestalterische Handlungsspielräume werden auf ein Minimum begrenzt. Dies kann nicht hilfreich für die Entwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg sein, die besonders stark von der prognostizierten demographischen Entwicklung in Deutschland betroffen ist. Die negative Tendenz der Abwanderung junger und qualifizierter Menschen und nur geringfügiger Zuzug dieses Personenkreises sowie die schwache Arbeitsmarktlage machen es notwendig, dass die Stadt mit Nachdruck weiter den Weg verfolgt, ihren lebens- und liebenswerten Charakter und ihre Familienfreundlichkeit darzustellen und mit praktischen Angeboten zu untersetzen. Anreize, um den Arbeitsmarkt zu beleben, bedürfen der finanziellen Unterstützung auch durch die Kommune.

Eine Möglichkeit, die Verschuldung der Landeshauptstadt mittel- bzw. langfristig zu minimieren und trotzdem gestaltend handlungsfähig zu bleiben, sieht die FDP-Ratsfraktion in der Privatisierung städtischen Eigentums. Das größte Immobilienvermögen der Stadt wird von der WOBAU verwaltet.

Ausschüsse und Stadtrat mögen beschließen:

Eine Privatisierung der WOBAU wird untersucht. Dabei steht eine langfristige, umfassende und sozial-ökonomische Betrachtungsweise im Vordergrund, die eine wirtschaftlich realistische Berechnung der Opportunitätskosten einschließt.

Eine Möglichkeit, mittel- und langfristig eine realistische Einschätzung der Haushaltprognosen vornehmen zu können, sieht die FDP-Ratsfraktion in der Evaluation der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung. Alle fünf Jahren sind die Gesellschaften einer finanz- und personalwirtschaftliche Gesamtbetrachtung zu unterziehen. Sollte sich herausstellen, dass eine Gesellschaft dauerhaft defizitär arbeitet, sind eine andere Rechtsform oder eine Privatisierung zu prüfen.

Ausschüsse und Stadtrat mögen beschließen:

Gesellschaften mit städtischer Beteiligung werden alle fünf Jahre evaluiert mit dem Ziel, aus dem Ergebnis Konsequenzen einer weiteren Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg zu ziehen.

Holger Franke  
Fraktionsvorsitzender